

Elke Ferner, Stv. Parteivorsitzende

Stand: 21.04.2006

Rede anlässlich der Veranstaltung „Kraft der Erneuerung“ am 24. April 2006, bcc Berlin

Es gilt das gesprochene Wort

Lieber Kurt,

sehr verehrte Damen und Herren,

liebe Genossinnen und Genossen,

die heutige Veranstaltung ist der Auftakt einer hoffentlich breiten und lebhaften Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm der SPD. Es ist gut, dass Kurt Beck entschieden hat, den Programmprozess unmittelbar fortzusetzen.

Ich will in Folge nur kursorisch einige Punkte zu den Themen nennen, die ich in der Parteiführung verantwortete, und dann zu Klaus WieseHügel überleiten:

„Sozialpolitik, die sich darauf beschränkt, eingetretene Schäden zu beheben, ist inhuman und überdies finanziell rasch überfordert. Der wirksamste Schutz geschieht durch Vorbeugung. Sozialpolitik will nicht nur reparieren und in Notfällen einspringen, sondern vorausschauend gestalten.“ Dies ist ein Zitat von Seite 31 des Berliner Programms. Im Berliner Programm wird dieser Anspruch an die Sozialpolitik gekoppelt mit der Forderung wirtschaftliche, ökologische und soziale Bedürfnisse der Gesellschaft in Einklang zu bringen und: „Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik so aufeinander abzustimmen, dass die Gesamtpolitik am Sozialstaat orientiert ist.“ Ich finde diese Forderungen des Berliner Programms zeitlos und begrüße es, dass sie in den Leitsätzen durch die Begrifflichkeit des Vorsorgenden Sozialstaats fortgeschrieben werden.

Wichtig ist auch, dass das Thema Bildung einen so breiten Raum dabei bekommt – Bildung ist die zentrale Ressource für ein selbstbestimmtes Leben. Aber wir dürfen nicht vergessen: soziale Sicherheit ist die Voraussetzung dafür.

Die großen Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Pflegebedürftigkeit und die Alterssicherung werden zum allergrößten Teil mit Beiträgen über ein Umlageverfahren finanziert. Die Zahl derer die diese Finanzierung tragen wird allerdings kleiner, weil der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Einkünfte am gesamten Volkseinkommen zurückgeht. Deshalb brauchen wir einen größeren Steueranteil an der Finanzierung unseres Staates. Dieser Steueranteil muss in seinen Belastungs- und Verteilungswirkungen gerecht ausgestaltet werden.

Der Begriff des vorsorgenden Sozialstaates umfasst zwei Dimensionen moderner Sozialstaatlichkeit. Zum einen beschreibt er einen Sozialstaat, der in die Menschen investiert: z.B. in Bildung und Ausbildung, in Arbeits- und Qualifizierungsmöglichkeiten, in Gesundheit. Er sorgt vor, in dem er öffentliche Güter und die Infrastruktur bereitstellt und die Gesellschaft gerecht gestaltet und damit stabilisiert. Zum anderen beschreibt er, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre soziale Vorsorge, die sie durch Beiträge und Steuern erbringen, vom Staat nach bestimmten Gerechtigkeitsprinzipien organisieren lassen. Damit ist der vorsorgende Sozialstaat das Gegenteil zum neoliberalen und neokonservativen Konzept der Eigenverantwortung, wonach staatliche Funktionen – drastisch ausgedrückt - auf das Sicherheitsmonopol reduziert sind. In dieser doppelten Sichtweise müssen wir den vorsorgenden Sozialstaat begreifen und in einem neuen Grundsatzprogramm beschreiben.

Der vorsorgende Sozialstaat ist seiner Konzeption nach verpflichtet, die soziale Realität der Menschen zu erkennen. So muss er auf neue soziale Fragen auch neue Antworten finden. Aber wir dürfen bei der medialen Dominanz neuer sozialer Verwerfungen auch nicht verkennen, dass gerade im Zeitalter der wirtschaftlichen Globalisierung der klassische Konflikt zwischen Kapital und Arbeit wieder an Schärfe gewinnt.

Beispielhaft möchte ich nennen: die wachsende Zahl an befristeten Beschäftigungsverhältnissen, insbesondere bei BerufsanfängerInnen, oder die Ankündigungen von Personalabbau bei gleichzeitiger Bekanntgabe von Rekordgewinnen bei Bilanzpressekonferenzen. Wir müssen darauf politische Strategien und Antworten entwickeln.

Im Zeitalter der Globalisierung heißt das, neben einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik und einer starken europäischen Integration, Strategien zu entwickeln, die Globalisierung politisch zu gestalten. Wenn es für die Sozialdemokratie eine Kernaufgabe in den nächsten Jahren gibt, dann ist es die, den politischen Gestaltungsanspruch deutlich zu machen. Der SPD kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Wir sind die größte Sozialdemokratische Partei Europas und wir sind Regierungspartei im bevölkerungsreichsten und wirtschaftsstärksten Land in Europa.

Noch etwas zum Thema Lebensrealität: Auch im 21. Jahrhundert erfahren Frauen in unserem Land trotz vieler Fortschritte immer noch jeden Tag Benachteiligungen in allen Lebensbereichen. Die Sozialdemokratie ist seit ihrer Geburtsstunde eine Emanzipationsbewegung. Die Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit ist so alt wie unsere Partei. Deshalb müssen wir in einem neuen Grundsatzprogramm an die Maßstäbe, die wir im Berliner Programm mit der Gleichstellungspolitik gesetzt haben, anknüpfen. Gleichstellungspolitik ist und bleibt für uns eine Querschnittsaufgabe und sie ist weit mehr als die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir wollen, dass Frauen und Männer in allen gesellschaftlichen Bereichen die gleichen Rechte und Pflichten wahrnehmen können: sowohl beim Berufszugang und beim beruflichen Aufstieg als auch bei der partnerschaftlichen Teilung der Familienpflichten. Wir wollen und wir müssen mit unserem neuen Grundsatzprogramm den Erwartungen von Millionen von Frauen – aber auch einer wachsenden Anzahl von Männern gerecht werden.

Zum Schluss möchte ich doch noch auf ein aktuelles Thema eingehen: Gesundheit ist ein wichtiges Gut. Die gesetzliche Krankenversicherung ist die solidarischste aller Sozialversicherungen: Die Gesunden stehen für die Kranken, die Jüngeren für die Älteren und die finanziell Stärkeren für die finanziell Schwächeren ein. Die Solidarität muss auch in Zukunft das tragende Fundament der Krankenversicherung bleiben. Ein moderner Sozialstaat muss allen Bürgerinnen und Bürgern die notwendige medizinische Versorgung auf hohem Niveau gewährleisten und alle am medizinischen Fortschritt teilhaben lassen - und es darf niemand ohne Versicherungsschutz bleiben. Auch im Gesundheitswesen muss die bisherige Finanzierung auf mehr Schultern verteilt werden. Alle müssen sich entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit an der Finanzierung beteiligen – niemand darf sich der Solidarität entziehen. Wir müssen aber auch darauf achten, dass die Strukturen im System effizienter und wirtschaftlicher werden!

Nun möchte ich aber zu Klaus WieseHügel überleiten, der uns auch aus Gewerkschaftssicht wichtige Impulse geben wird, z.B. zu Fragen der Verteilungsgerechtigkeit, zur Altersvorsorge und zur gerechten Finanzierung des Sozialstaats. Ich bin gespannt und dankbar für Deine Hinweise.

Klaus, die nächsten 10 Minuten gehören Dir!